

Thomas Mirow / Hrsg.

Kraftakt: Warum wir uns neu bewähren müssen

*Berichte zur Lage
der Nation*

MURMANN

Thomas Mirow (Hrsg.)

Kraftakt: Warum wir uns neu bewähren müssen

*Berichte zur Lage
der Nation*



Druckprodukt

ClimatePartner.com/12752-1803-1001

Zum Ausgleich für die entstandene CO₂-Emission bei der Produktion dieses Buches unterstützen wir die Bereitstellung von effizienten Kochöfen in Sambia. Die verbesserten Kochöfen verbrauchen zwei Drittel weniger Brennmaterial und verringern so nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern auch die Rodung der lokalen Wälder. Durch die bessere Luftqualität in den Räumen werden Atemwegserkrankungen verringert, und Familien können Zeit und Geld sparen, da weniger Brennmaterial benötigt wird.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass er, sofern dieses Buch externe Links enthält, diese nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung einsehen konnte. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlages ist daher ausgeschlossen.

Copyright © 2023 Murmann Publishers GmbH, Hamburg

Lektorat: Evelin Schultheiß, Kirchwalsede

Druck und Bindung: Steinmeier GmbH & Co. KG, Deiningen

Printed in Germany

ISBN 978-3-86774-772-1

Besuchen Sie unseren Webshop: www.murmann-verlag.de

Ihre Meinung zu diesem Buch interessiert uns!

Zuschriften bitte an info@murmann-publishers.de

Den Newsletter des Murmann Verlages können Sie anfordern unter newsletter@murmann-publishers.de

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Buch 5

Von Thomas Mirow

Zur Lage des Landes 11

Von Jürgen Kaube

Mehr Eigenverantwortung, weniger Staatsgläubigkeit! 37

Von Nicola Leibinger-Kammüller

Visionen wagen 67

Von Holger Hanselka

„Wir brauchen in Deutschland wieder mehr

Menschen mit Tatendrang“ 95

Das Gespräch mit Judith Dada und Christian Miele

führte Martin Klingst

Bequem gemacht 123

Von Martin Schröder

Nur mit mehr Menschen hat Deutschland eine Zukunft 157

Von Janina Kugel

Die große Kluft 187

Von Reint Gropp und Cornelia Lang

Für eine Schule, der wir vertrauen können! 217

Von Sabine Reh

**Über den Herausgeber
und die Autorinnen und Autoren** 243

Zu diesem Buch

Von Thomas Mirow

Die Industrie am Ende. Unser Land vor dem Abstieg. Deutschland erneut »der kranke Mann Europas«. Urteile dieser Art sind immer häufiger zu hören und befeuern eine zunehmend hitzig geführte Debatte über unsere Zukunft.

Was ist geschehen?

Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat Europa buchstäblich über Nacht vor enorme Herausforderungen gestellt. Streitkräfte mussten neu aufgestellt, die NATO als Verteidigungsbündnis revitalisiert werden. Die Ukraine bedurfte sofortiger Hilfe, auch militärischer. Zugleich galt es, das Risiko eines kriegerischen Flächenbrandes so gering wie irgend möglich zu halten. Private Haushalte und die produzierende Wirtschaft benötigten ausreichend Energie aus neu zu erschließenden Quellen. Nur mit teuren staatlichen Programmen ließen sich die Folgen schnell steigender Preise zumindest teilweise abfedern.

Politik und Gesellschaft hat dieses Krisenmanagement viel abverlangt. Das Resultat kann sich, alles in allem, sehen lassen. Europa blieb von einschneidenden Mangelsituationen und wirtschaftlichen Einbrüchen verschont. Unsere Demokratien, auch und zumal die Europäische

Union, konnten zeigen, dass sie, wenn es darauf ankommt, durchaus zu schnellem und wirksamem Handeln in der Lage sind.

Ein Jahr später aber, mit dem genaueren Blick auf die Zukunft, wächst die Sorge, Europa als Ganzes und Deutschland insbesondere könnten nicht nur aufgrund des Kriegs strukturell und dauerhaft an Wohlstand verlieren – mit gravierenden Folgen für die Stabilität der Sozialsysteme und den Zusammenhalt in der Gesellschaft, aber auch für die Rolle unseres Kontinents in einem sich dramatisch zuspitzenden globalen Wettbewerb der Mächte.

An gewichtigen Begründungen für diese Befürchtung herrscht kein Mangel: Im Sommer 2023 prognostizierte der Internationale Währungsfonds IWF für Deutschland als einzigm der großen Industriestaaten ein Negativwachstum für das laufende Jahr. Die Sprecherin der Automobilindustrie diagnostizierte eine »toxische Lage« im Land. Große Chemiebetriebe, eine weitere deutsche Schlüsselindustrie, legten unter Verweis auf zu hohe Energiekosten ganze Produktionen still. Droht Deutschland also, wie nicht wenige meinen, eine allgemeine »Deindustrialisierung«, der Verlust seines bisherigen Wirtschaftsmodells?

Eine Reihe spektakulärer Großinvestitionen, vor allem im Bereich der ostdeutschen Chipindustrie, die mithilfe öffentlicher Förderungen in Milliardenhöhe gesichert wurden, ließen auch andere, gelassene Stimmen laut werden: Das Land gehe durch einen tiefen Strukturwandel, wie es ihn immer wieder gegeben habe. Am Ende werde Deutschland dank seiner Exzellenz in Wissenschaft und Forschung mithilfe transformativer Technologien zu neuer Wettbewerbsstärke finden.

Langfristige Versäumnisse und strukturelle Schwächen unseres Landes, so viel steht fest, sind nicht mehr zu übersehen: eine Überalterung der Gesellschaft mit dem daraus resultierenden Fachkräftemangel und den Folgen für die Finanzierung von Renten und Pflege; hohe Bürokratielasten und ein flagranter Rückstand in der Digitalisierung nicht

allein, aber insbesondere der öffentlichen Verwaltung; ein enormer Sanierungsstau bei Straßen, Schienen und Brücken; Schwächen und Mängel in der Bildung, in der Kinderbetreuung, im Gesundheitssystem; fehlende Wohnungen in den Ballungszentren, vor allem solche zu bezahlbaren Preisen.

Wo sich Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft des Landes breitmachen, finden politische Extremisten leicht Gehör – und der wachsende Pessimismus in der Gesellschaft ist mit Händen zu greifen. Eine Allensbach-Umfrage zeigte auf, dass einerseits rund 70 Prozent der Deutschen in den Arbeitsbedingungen wie auch in der Leistungsbereitschaft der Menschen eine besondere Stärke des Landes sehen und die Mehrheit auch in den sozialen Sicherungssystemen, dass aber andererseits »nur eine Minderheit dem Land insgesamt eine gute Prognose stellen mag. Nur 31 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland sich auf Sicht der nächsten zehn Jahre gut entwickeln wird. Und auch nur 39 Prozent sind zuversichtlich, dass Deutschland in zehn bis 15 Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen gehören wird; vor fünf Jahren waren davon noch 59 Prozent überzeugt.« (FAZ vom 26.1.2023)

Es wird in den Debatten der nächsten Zeit um sehr konkrete und grundsätzliche Fragen gehen: Können wir mit einer schnellen Umstellung auf erneuerbare Energien und dem gleichzeitigen Verzicht auf Atomkraft und Kohle ein erfolgreiches Industrieland bleiben? Sind wir innovativ und wagemutig genug, um in entscheidenden Zukunfts-technologien mithalten zu können? Entspricht unser Bildungssystem noch den Anforderungen des 21. Jahrhunderts? Auf welche Faktoren sollten wir besonders achten, um den immer schmerzlicheren Mangel an Fachkräften zu überwinden? Wie können wir weniger bürokratisch werden, anders planen und die nötigen finanziellen Ressourcen aufbringen, damit Deutschland wieder eine leistungsfähige, zeitgemäße öffentliche Infrastruktur erhält, und wie sollte ein modernes Mobilitätskonzept

für das dicht besiedelte Transitland Deutschland aussehen? Wie die ökologische Wende vollziehen und die unabweisbare Anpassung unserer Lebensverhältnisse an den Klimawandel so gestalten, dass daraus tatsächlich zugleich ökonomisch neue Chancen erwachsen?

Modernität, Leistungsfähigkeit und Attraktivität eines Landes werden bekanntlich von vielen Faktoren bestimmt. Nicht alle können wir in diesem Band abhandeln. Wichtig ist uns vor allem eins: Neue Fundamente für nachhaltigen Wohlstand und gesicherte Sozialstaatlichkeit zu schaffen, wird einen *Kraftakt* erfordern, der nur auf gesellschaftlich unterstützten Zielen und gesicherten Orientierungen gründen kann. Die Deutschen werden für sich die Frage beantworten müssen, wie sie sich (mehrheitlich) eine gute Zukunft vorstellen, worauf es aus ihrer Sicht dabei besonders ankommt und nicht zuletzt: was sie selbst dafür zu tun bereit sind.

Zu dieser notwendigen Debatte wollen die acht Texte der *Berichte zur Lage der Nation*, dem vierten Band dieser Reihe, einen Beitrag leisten. Unsere überaus sachkundigen Autorinnen und Autoren haben wir sowohl um nüchterne Bestandsaufnahmen gebeten, wie es um unser Land steht, als auch um persönliche Einschätzungen, von welchen Orientierungen, Haltungen und Wertungen sich die deutsche Gesellschaft in ihrem Blick auf die Zukunft leiten lässt und leiten lassen sollte, mit welchen Herausforderungen Wirtschaft und Gesellschaft werden umgehen müssen und welcher Anstrengungen es bedarf, um Deutschland weiter einen guten Platz im Wettbewerb der Nationen zu sichern.

Eröffnet werden unsere diesjährigen *Berichte* von Jürgen Kaube, Soziologe und Mitherausgeber der FAZ, der in seinem Beitrag unter Hinzuziehung zahlreicher Analysen und Befragungen einen kaleidoskopischen Blick auf die Lage des Landes wirft. Nicola Leibinger-Kammüller, Gesellschafterin und Vorstandsvorsitzende der weltweit erfolgreichen TRUMPF Maschinenwerke, hält ein leidenschaftliches Plädoyer für

den Erhalt des industriellen Mittelstandes und benennt die Faktoren, die es dafür aus ihrer Sicht braucht. Der neu gewählte Präsident der Fraunhofer Gesellschaft Holger Hanselka schildert eindringlich und sehr konkret, wie es um Deutschlands Position in den entscheidenden Zukunftstechnologien steht. Christian Miele, renommierter Start-up-Investor aus einer traditionsreichen Unternehmerfamilie, und die namhafte Wagniskapitalinvestitorin Judith Dada führen ein lebhaftes Gespräch über Gründergeist und Rahmenbedingungen für neue Unternehmen in Deutschland, mit einem besonderen Blick auf ihre eigene Generation. Martin Schröder, Soziologie-Professor an der Universität des Saarlandes und Bestsellerautor, befasst sich intensiv mit Haltungen und Einstellungen der Deutschen, nicht allein, aber insbesondere zu Arbeit und Beruf. Janina Kugel, ehemalige Vorständin von Siemens und heute als Beraterin und Aufsichtsrätin tätig, nimmt diese Fragen aus der Sicht einer Praktikerin auf und schildert, wie sich Arbeit verändert und wie sich in einem vielfach angespannten Arbeitsmarkt gerade auch junge Leute gewinnen und halten lassen. Reint Gropp und Cornelia Lang vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle analysieren vor dem Hintergrund der Entwicklung seit der Wiedervereinigung gesellschaftliche und wirtschaftliche Perspektiven in den östlichen Bundesländern. Sabine Reh vom DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation in Frankfurt schließlich reflektiert über die Anforderungen an ein zukunftstaugliches Schulsystem und begründet, warum es von zentraler Bedeutung ist, neues Vertrauen in die Leistungsfähigkeit öffentlicher Schulen zu schaffen.

Die Beiträge zu diesem Buch weisen, wenig überraschend, eine große Bandbreite an Meinungen, Einschätzungen und Vorschlägen auf. Sie benennen viele ernst zu nehmende Risiken für unseren zukünftigen Wohlstand, kritisieren gravierende Fehlentwicklungen, aber legen Politik und Gesellschaft auch gleichermaßen notwendige wie realistische

Reformen nahe. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Schwächen *und* Stärken Deutschlands herausarbeiten.

Und darum muss es gehen: Pessimismus und Resignation dürfen nicht die Oberhand gewinnen. Sie lösen keine Probleme, sondern schüren Ängste – mit gefährlichen politischen Folgen. Unser Land hat weiterhin beträchtliche Vorteile und hält große Potenziale bereit. Allerdings wird es großer Anstrengungen bedürfen, sie auf die Anforderungen einer anderen Zeit auszurichten.

Wir werden uns neu bewähren müssen.

Allen Autorinnen und Autoren danke ich herzlich für ihre spannenden Beiträge, Dr. Agata Klaus, der Geschäftsführerin unserer Stiftung, für die intensive Betreuung des gesamten Projekts, der Berthold Leibinger Stiftung und Prof. Dr. Rüdiger Grube für ihre beeindruckend großzügige Förderung, unseren Partnern beim Murmann Verlag für die erneute verlässliche verlegerische Unterstützung und ganz besonders Martin Klingst, der durch sein kluges Interview mit Christian Miele und Judith Dada sowie mit seiner umfassenden und dabei stets respektvollen Redaktionstätigkeit wieder maßgeblich zum Entstehen dieses Bandes beigetragen hat.

Mit Blick auf die Vielfalt von Meinungen zu einer gendergerechten Sprache hat der Herausgeber auf die Vorgabe einheitlicher Richtlinien verzichtet. Die Texte spiegeln auch insofern das individuelle Sprachgefühl der Autorinnen und Autoren wider.

Zur Lage des Landes

Geht es uns gut oder schlecht? Die Antwort wird weitgehend der Wirtschaft überlassen, deswegen fällt sie mal so und mal so aus. Wenn etwas fehlt, sind es vor allem Vorhaben und Leidenschaften.

Von Jürgen Kaube

Die Frage danach, in welcher Situation wir leben, ist jedem vertraut, auch wenn sie durch den Alltag und die Fragen, die er aufwirft, oft verdeckt bleibt. Es gibt dennoch niemanden, der über die Prognose der eigenen Biografie hinaus nicht mit Einschätzungen und Besorgnissen beschäftigt ist, wie es kollektiv weitergehen wird. Dabei fassen wir zumeist sehr heterogene Eindrücke zusammen, von der Entwicklung der Mietpreise über die Energieversorgung und die Inflationsrate bis zum Zustand der Schulen und dem Grad der Digitalisierung auf dem flachen Land.

In einer Demokratie zu leben, erweitert dabei den Horizont der Besorgnis: Man stellt sich leichter Fragen fürs Ganze, wenn man im Gefühl lebt, über die Wahlstimme oder die öffentliche Meinung oder durch politische Tätigkeit für das Ganze mit zuständig zu sein. Wenn man also den Eindruck hat, es komme auf den eigenen Eindruck von

der Lage an. Die Medien führen diesen Überlegungen viel Debattenstoff zu. Vieles scheint prekär, vieles instabil, alles entscheidungsabhängig, wenig sofort änderbar. Welche Zukunft werden unsere Kinder haben, kann der Sozialstaat aufrechterhalten werden, ist Deutschland innovationsfähig, laufen wir auf Kriege an den Grenzen Europas zu, die über den in der Ukraine hinausgehen?

Solche Fragen sind unabweisbar, auch wenn es viel spezialisierten Wissens bedarf, um sie sachgerecht zu beantworten, ja auch nur, um sie so zu stellen, dass sie beantwortet werden können. Wenn die Bahn ankündigt, es dauere von heute an 17 Jahre, um die Strecke zwischen Karlsruhe und Basel auszubauen, ist es für Laien nicht leicht zu sagen, ob es sich hier um ein Organisationsversagen, einen Effekt von zu viel Bürokratie oder einen ganz normalen Sachverhalt handelt. Dasselbe gilt, wenn für die Renovierung der Frankfurter Städtischen Bühnen inzwischen Kosten von 1,4 Milliarden Euro kalkuliert werden. Dass in Estland 99 Prozent der staatlichen Dienstleistungen digital abgewickelt werden, während Deutschland sich hier in der Schlussgruppe aller europäischen Länder befindet, kann an politischem Unwillen liegen, an föderalem Wirrwarr der Kompetenzen, erneut an Bürokratie und ist vermutlich nicht komplett mit den unterschiedlichen Länder- und Bevölkerungsgrößen zu erklären.

Das sind nur zufällig herausgegriffene Beispiele. Bilden sie ein Muster? Ist die Bundesrepublik in Komplexitäten verstrickt, deren sie nur noch schwer und langsam Herr wird? Sobald wir darüber nachdenken, muss bestimmt sein, was genau mit »Lage« gemeint ist. Und was überhaupt ist ein Land? Ein Staat und seine Verwaltung, eine Volkswirtschaft, ein kommunales Leben, eine Kultur, eine Sprachgemeinschaft, eine Idee? Gewiss, es gibt den Nationalstaat, aber vieles, was die Lage eines Landes bestimmt, ist unabhängig oder zumindest nur mittelbar abhängig von ihm. Wir leben in Europa, wir leben in der

Welt, wir handeln mit China, sind von Lieferketten abhängig, die über den ganzen Globus verteilt sind, wir schauen Filme aus Hollywood, nehmen an globalen Sportereignissen und an globalen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnen Anteil und hängen von Innovationen ab, die oft andernorts hervorgebracht werden. Begriffe wie »Weltwirtschaft«, »Weltmacht«, »Weltreligionen«, »globale Finanzmärkte« oder »Weltkunst«, die diesen Zustand einer nicht nationalstaatlich verfassten Gesellschaft bezeichnen, sind seit Langem etabliert.¹

Erschwerend kommt hinzu, dass es keine wissenschaftliche Disziplin gibt, die sich mit Deutschland befasst. Für das im Grunde einschlägige Fach, die Soziologie, sind Nationalstaaten als territorial umrissene Gebilde keine gewohnte Untersuchungsgröße. Es gibt keine Soziologie, sondern nur eine Sozialkunde Deutschlands. Der Grund dafür ist, dass fast alle Probleme, die man in Bezug auf ein Land festhalten kann, auch in Bezug auf viele andere Länder festgehalten werden könnten. Viele typische Fragen ändern sich an den staatlichen Grenzen nicht. Historiker glauben zwar eine deutsche Geschichte zu kennen, aber es fällt ihnen zunehmend schwer, sie von der Weltgeschichte, der Geschichte des Kapitalismus oder der Technikgeschichte abzugrenzen, die alle keine nationalstaatlichen Veranstaltungen sind.

Für die Juristen scheint es hingegen nicht kompliziert, das in Deutschland geltende Recht vom Recht anderer Länder zu unterscheiden, doch zugleich sehen sie sich immer stärker mit dem Europarecht, dem internationalen Völkerrecht und dem internationalen Privatrecht konfrontiert. Und selbst in einem traditionellen Kerngebiet des nationalen Selbstverständnisses, nämlich der Literatur, lässt sich der Gedanke, es gebe eine Literatur des Landes, nicht mehr leicht durchhalten. Wird die Literatur als »deutschsprachig« bezeichnet, gehören zu ihr auch Schriftsteller, die aus Prag (Kafka), Zürich (Frisch) und Czernowitz (Celan) sowie aus Brody (Roth) stammen. Der von Wieland und

Goethe eingeführte Begriff der »Weltliteratur« macht überdies deutlich, dass alles, was geschrieben wird, seit 200 Jahren starken übernationalen Einflüssen ausgesetzt ist. Man muss nur Begriffe wie »Romantik« oder »Kriminalroman« aufrufen, um das nachzuvollziehen.²

Zeitdiagnosen

Es gibt also keine Wissenschaft von der Lage des Landes. Diese Lücke wird von Zeitdiagnosen genutzt. Im Jahr 2010 erschien mit erheblichem Publikumserfolg und großem Medienecho das Buch *Deutschland schafft sich ab*. Die Abschaffung des Landes, wurde darin behauptet, erfolge aufgrund zu geringer Reproduktion der einheimischen Bevölkerung bei gleichzeitig zunehmender »muslimischer« Einwanderung. Sechs Jahre zuvor war *Deutschland – Der Abstieg eines Superstars* herausgekommen. Dort wurde der Niedergang, der dann allerdings nicht eintrat, vor allem einer falschen Wirtschaftspolitik, einem überbordenden Wohlfahrtsstaat und zu viel Bürokratie zugeschrieben. Sechs Jahre danach erschien *Die Abstiegs gesellschaft*. Hier ging es weniger um den Abstieg der Gesellschaft selbst als um den zunehmenden Abstieg *in* der Gesellschaft, durch den einerseits eine neue Unterkasse, andererseits populistische Protestbewegungen der bislang Privilegierten entstünden. Dazwischen lag, 2012 publiziert, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, worin Deutschland als exemplarisches Land für die Transformation der politischen Ökonomie westlicher Staaten dargestellt wurde, die sich aus Steuerstaaten in Schuldenstaaten und schließlich in neoliberalen Agenturen der Konsolidierung staatlicher Haushalte verwandelten.

Die Bücher von Sarrazin, Steingart, Nachtwey und Streeck, denen sich viele andere beigesellen ließen, sind sehr unterschiedlicher Machart. Ihre Autoren sind ebenfalls, was ihre professionelle Herkunft an-

geht, sehr divers: Politiker, Journalisten und Sozialwissenschaftler mit ganz entgegengesetzter Motivlage und völlig unterschiedlichen politischen Bekenntnissen. Was sie teilen, ist der zeitdiagnostische Impuls. Zugleich ist deutlich, wie schwer es fallen würde, diesem Impuls ein gemeinsames Pensum aufzugeben. Unklar ist, worüber handeln muss, wer ein Bild der Lage zeichnen möchte, unklar ist, welche zentralen Probleme diese Lage kennzeichnen und ob die Armut wichtiger ist als der CO₂-Verbrauch, die Malaise der Grundschulen gravierender als der Rechtsextremismus oder die Knappheit an Antibiotika.

An den zeitdiagnostischen Texten kann die Breite der Ansätze abgelesen werden, mit denen versucht wird, die Lage eines Landes zu beschreiben. Es ist erkennbar ein großer Unterschied, ob man türkische Einwanderer, den Kapitalismus und die Fiskalpolitik zum Zentrum aller Probleme erklärt oder einfach die empörende Tatsache, dass nicht alle maßgeblichen Politiker Gabor Steingart sind. Gemeinsam ist den Zeitdiagnosen, dass sie meinen, ein solches Zentrum der Probleme zu kennen. Davon soll im Folgenden abgewichen werden. Es gibt, das ist die These dieses Beitrags, keine wichtigsten, oder wie man im Deutschen formulieren kann: keine allerwichtigsten Probleme des Landes, und es hängen auch alle gegenwärtigen Merkmale des Landes nicht so eng miteinander zusammen, dass die Fragen, die sich ihm stellen, aus einem Guss und von einem Bezirk aus beantwortet werden könnten.

Es gibt keine allerwichtigsten Probleme des Landes.

Zur Lage des Landes gehört es insofern, dass es älteren Ideologien wie Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus, die aus dem 19. Jahrhundert ins 20. Jahrhundert mit dem Anspruch tradiert worden sind, einen solchen politischen Universalsschlüssel zu bieten, immer schwerer fällt, die Vielfalt der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verarbeiten.

Das bringt die Parteidemokratie, die sich lange auf diese Unterscheidungen hat verlassen wollen, in eine schwierige Lage. Ganz gleich, welche Partei man betrachtet, eine jede gerät heute leicht in Verlegenheit, wenn sie programmatisch Position beziehen soll. Im politischen Alltag wirken die Programme dann entweder wie zu groß oder wie zu eng geschnittene Kleider, die in erheblichem Maße die Bewegungsfreiheit einschränken und zu kuriosen Gangarten führen.

Gleich, welche Partei man betrachtet, jede gerät heute leicht in Verlegenheit, wenn sie programmatisch Position beziehen soll. Im politischen Alltag wirken die Programme entweder wie zu groß oder wie zu eng geschnittene Kleider.

Indikatoren

Es wird darum vielfach versucht, die Lage des Landes »objektiv« und anhand von Daten zu beschreiben, die zweifelsfrei vorliegen. Dazu werden statistisch ermittelte Zahlen herangezogen. Demografische Berechnungen etwa: Die Bundesrepublik zählt 83,7 Millionen Einwohner, davon sind 13 Prozent Ausländer, je Frau werden derzeit im Durchschnitt knapp 1,6 Kinder geboren. Jede zweite Person ist älter als 45 Jahre, jede fünfte älter als 66. Man spricht von einer überalterten Gesellschaft und führt Diskussionen über die Zukunft der Rente, den Fachkräftemangel oder darüber, ob die Einwanderung nicht stärker nach Bildungs- und Ausbildungsgesichtspunkten gesteuert werden sollte. Die Lebenserwartung liegt in Deutschland derzeit bei etwa 79 Jahren für Männer und 83 Jahren für Frauen und damit im europäischen Durchschnitt, klar hinter der Schweiz (82/86) und Italien (81/85), klar vor der Türkei (73/80) und Polen (72/80). Über die Gründe dafür ist damit noch nichts gesagt.

Eine andere Datenmenge, die zu Lagebeschreibungen des Landes herangezogen wird, ist unmittelbar wirtschaftlicher Natur. Das Bruttoinlandsprodukt war zuletzt sechs Prozent höher als im vorangegangenen Jahr, aber es ist in den ersten beiden Quartalen 2023 um jeweils gut ein halbes Prozent geschrumpft, weswegen von einer Rezession gesprochen wird. Die Inflationsrate, gemessen als Veränderung des Preises eines typischen Warenkorbs im Vergleich zum Vorjahr, betrug zuletzt 6,4 Prozent. Das Durchschnittseinkommen liegt bei etwa 4100 Euro brutto, netto (lediger Arbeitnehmer ohne Kinder, Steuerklasse 1/o) bei 2280 Euro. Zwischen West- und Ostdeutschland gibt es dabei erhebliche Unterschiede, das mittlere Jahreseinkommen im Osten liegt etwa 12 000 Euro oder 22 Prozent unter dem westlichen.

Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Land misst, beträgt derzeit in Deutschland etwa 0,3 für Einkommen, was ungefähr dem Durchschnitt der OECD-Länder entspricht, und 0,78 für Vermögen, was eine erhebliche Ungleichverteilung anzeigt. Ein Gini-Koeffizient von 0 würde Gleichverteilung bedeuten, einer von 1 völlige Ungleichverteilung. In Dänemark und Slowenien sind die Einkommen deutlich gleicher verteilt (Gini-Koeffizient 0,25), in den Vereinigten Staaten (0,38) und der Türkei (0,41) deutlich ungleicher. Erheblich gleicher sind die Vermögensverteilungen in Frankreich und Großbritannien (jeweils 0,70), in Italien (0,67) und in Japan (0,64), erheblich ungleicher in Schweden (0,88) und den Vereinigten Staaten (0,85).

Die Einkommensverteilung ist nicht der einzige Wert, der zu internationalen Vergleichen und Ranglisten führt. Wie sich die Lage eines Landes darstellt, wird statistisch im Verhältnis zu anderen, ähnlichen Ländern bestimmt und gegebenenfalls problematisiert. Oder es werden unter dem Titel »PISA-Studie« internationale Schülerprüfungen durchgeführt, um Vergleichswerte zu erzeugen und in Rang-

listen zu bringen, über die dann in den Medien diskutiert wird; in Deutschland mehr als andernorts. Dass sich Schulsysteme nur aus ihren historischen Vorgaben verändern und also nur weiterentwickeln lassen, aber nicht aus einem Vorbildland in ein weniger vorbildliches kopiert werden können, gerät beim Blick auf die Rangtabelle ebenso aus dem Blick wie die Tatsache, dass in PISA-Siegerländern wie China, Finnland, Südkorea und Estland auf hoch unterschiedliche Art unterrichtet und die Schule organisiert wird, was es erschwert, den Tabellen eindeutige Kopieranweisungen zu entnehmen.

Internationale Vergleiche sind nur eine Vergleichsmöglichkeit, um die Lage des eigenen Landes zu bestimmen. In die statistischen Lagebeschreibungen geht ebenso ein, wie sich die erhobenen Werte im Zeitablauf verändern. Wie verändert sich die Lage, bessert oder verschlechtert sie sich? So gehört beispielsweise derzeit knapp die Hälfte der Deutschen einer der beiden großen christlichen Konfessionen an. Im Jahr 2015 waren es noch gut 60 Prozent, im Jahr 1990 etwa 73 Prozent und 1956 noch 96 Prozent. Für Ostdeutschland werden gegenwärtig Werte um 20 Prozent ermittelt.

Ähnlich dramatische Veränderungen sind im Bereich der Bildung festzuhalten. Waren 1975 noch 20 Prozent eines Jahrganges berechtigt, ein Hochschulstudium aufzunehmen, so waren es 1990 schon 31 Prozent, 2005 dann 42 Prozent und 2015 sogar 53 Prozent; derzeit haben knapp 50 Prozent eines Jahrgangs die allgemeine oder die Fachhochschulreife. Die katholische Arbeitertochter vom Land, die in den 1960er-Jahren noch als der prototypische Problemfall der Bildungspolitik bezeichnet wurde, ist dem städtischen Jungen mit migrantischer oder bildungsarmer Herkunft gewichen.

Offen ist bei all diesen Zahlen, wie eindeutig interpretierbar sie sind. Nehmen wir die zuletzt genannten. Sie können entweder als Zeichen für eine erfreulich zunehmende Bildungsinklusion und Verwis-

senschaftlichung der Berufswelt gedeutet werden. Oder sie werden umgekehrt als Ausdruck eines »Akademisierungswahns« gelesen, der den notorischen Facharbeitermangel nach sich gezogen habe.³ Leben wir also in einer Gesellschaft höherer Anforderungen beim Eintritt in das Berufsleben oder in einer, die auf höhere Schulabschlüsse fixiert ist und nicht bemerkt, welchen Druck sie dadurch auf alle ausübt, die nur noch einen Hauptschulabschluss erwerben?⁴

Aus den Zahlen selbst geht oft nicht hervor, in welcher Lage sich ein Land befindet, am wenigsten aus einzelnen Zahlen. Sie mögen objektiv sein, aber atomisiert geben sie keinen Eindruck von gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Im Anschluss an die Erhebungen der PISA-Studien erfolgte eine scharfe Methodenkritik ihres Vorgehens, insbesondere aber ihrer Auswertung in Rangtabellen. Allein der Hinweis auf den Urbanisierungsgrad und die Migrationsstatistik des ersten PISA-Siegers Finnland (kaum Städte, Haupteinwanderergruppe: Schweden) relativierte vergleichende Aussagen über die Bildungsgerechtigkeit im europäischen Maßstab. Die Fokussierung von Einschätzungen der Wirtschaftslage auf Indikatoren wie das Bruttonsozialprodukt oder die Wachstumsrate wiederum kann beispielsweise im Konflikt mit Gesichtspunkten der Umweltzerstörung stehen. Einwanderung stellt für die einen ein Problem des Sozialstaats dar, für die anderen eine der wenigen Lösungsmöglichkeiten bei erhöhtem Fachkräftebedarf. Hohe Digitalisierung wird in Estland gelobt, in China skeptisch gesehen. Will sagen: Aus den Zahlen selbst geht oft nicht hervor, in welcher Lage sich ein Land befindet, am wenigsten aus einzelnen Zahlen. Sie mögen objektiv sein, aber atomisiert geben sie keinen Eindruck von gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Glückswahrnehmung

Das legt es nahe, nicht einzelne Merkmale zu erheben, sondern ihren wahrgenommenen Zusammenhang. Eine solche Messung, die objektive Umstände nur als ein Merkmal der Lage eines Landes heranzieht, ist der »World Happiness Report«, der im Auftrag der Vereinten Nationen seit 2011 erstellt wird.⁵ Hier ist die Lage sowohl eine empfundene wie eine empirisch nachweisbare Lage. Gefragt wird, wie glücklich oder zufrieden sich jeweils die Bewohner in ihren Mitgliedsstaaten fühlen. In die Beurteilung werden das Bruttonsozialprodukt pro Kopf und der Grad an Gesundheitsversorgung ebenso einbezogen wie der Umfang der hilfreichen Freundschaftsnetzwerke, das Gefühl, über wichtige Lebensumstände frei entscheiden zu können, und das Spenderverhalten der Bürger. Wie wohlwollend wird das eigene soziale Umfeld empfunden? Wie rechtsstaatlich wird das Gemeinwesen eingeschätzt und wie leistungsfähig erscheint der Staat als Dienstleister?

Im Dreijahresdurchschnitt von 2020 bis 2022 leben die weltweit zufriedensten Menschen danach in Finnland, Dänemark, Island und Israel. In den nordischen Ländern werden hohe Zufriedenheitswerte gemessen, und selbst die Unzufriedenen sind nicht sooo unzufrieden. Allein der vierte Rangplatz Israels, eines Landes, das sich seit Langem in einer hochkontroversen politischen Situation befindet, (bürger-)kriegsähnliche Spaltungen kennt und sich mit internationalen Beschwerden aller Art über seine Staatlichkeit konfrontiert sieht, zeigt, wie wenig das Lebensgefühl einer Bevölkerung davon beeinträchtigt sein muss. Wichtiger Zusatz: Die palästinensischen Gebiete kommen auf Platz 99 der Liste, die insgesamt 137 Länder umfasst.

Deutschland liegt im »Word Happiness Report« auf Platz 16, knapp hinter den Vereinigten Staaten und Irland, knapp vor Belgien, Litauen, Großbritannien und Frankreich. Diese Rangplätze lassen sich instruktiv mit denen vergleichen, die das englische Wirtschaftsmagazin

The Economist in seinem Demokratie-Index ermittelt.⁶ Untersucht werden hier die Qualität demokratischer Wahlen in einem Land, das Ausmaß an bürgerlichen Freiheiten, die Funktionsfähigkeit der Regierung, der Pluralismus und die politische Kultur. Norwegen steht hier ganz oben, gefolgt von Neuseeland, Finnland und Schweden. Deutschland nimmt derzeit Platz 15 ein und befindet sich damit in der Zone der »full democracies«, während Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten wie Israel und Polen schon zu den »flawed democracies«, also den fehlerhaften Demokratien, gezählt werden.

Sieht man vom Umbau der Energieversorgung und des Energieverbrauchs ab, existiert kein gesellschaftsweites Projekt.

Die Lage Deutschlands wäre demzufolge die einer mittleren Zufriedenheit. Das korrespondiert mit den Zielen der hiesigen Politik: Ershütterungen abfedern, wenig Risiken eingehen, abwarten und den Wohlstand sichern. Sieht man vom Umbau der Energieversorgung und des Energieverbrauchs ab, existiert kein gesellschaftsweites Projekt. Von Slogans wie »Mehr Demokratie wagen« oder »Geistig-moralische Wende« hält die Politik Abstand, das große Wort »Zeitenwende« greift als Diagnose an einer Wirklichkeit vorbei, die aller Dramatik des russischen Angriffskriegs zum Trotz nicht als Zäsur erlebt wird. Der politische Streit geht um Finanzmittel für Vorhaben mittlerer Reichweite (Kindergrundsicherung, Deutschlandticket, Ausbau des Autobahnnetzes, Wissenschaftszeitverträge, Digitalisierung hier und da). Umspült werden diese überschaubaren Kontroversen von wechselseitigen Vorhaltungen, dem Land drohe die Spaltung durch die politischen Vorhaben der anderen Seite.